



STELLUNGNAHME zum Änderungsantrag Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke)	Vorlage Nr.:	2018/0695
	Verantwortlich:	Dez. 1
Patenschaft zur Korvette Karlsruhe		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	23.10.2018	3.1	x	

Kurzfassung

Abstimmung des Gemeinderats, ob die Stadt Karlsruhe sich um eine Patenschaft zu einem zivilen Seenotrettungsschiff bemüht.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>				
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant	X	Nein		Ja Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	X	Nein		Ja durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	X	Nein		Ja abgestimmt mit

Die Stadt Karlsruhe bemüht sich bei zivilen Hilfsorganisationen, die Seenotrettungsschiffe betreiben, um eine Patenschaft.**Die Stadt Karlsruhe wird zum sicheren Hafen für gerettete Flüchtlinge erklärt.**

Bisher wurden von Seiten der Stadt Karlsruhe nur Patenschaften mit öffentlichen Einrichtungen bzw. Unternehmen (Lufthansa, Deutsche Bahn) oder in besonderem historischen Kontext (Karpatendeutsche Landsmannschaft 1957) abgeschlossen.

Für die Übernahme einer Patenschaft für ein zivilgesellschaftliches Projekt wäre Voraussetzung, dass aus der Bürgerschaft entsprechendes Engagement (beispielsweise in Form eines Freundeskreises) zu zeigen wäre, um die Patenschaft zu begleiten.

Die selbstverständliche Bereitschaft, dass die Stadt Karlsruhe entsprechend ihrer Verpflichtung und stadtgesellschaftlichen Haltung weiterhin Geflüchtete aufnimmt, herausgehoben zu betonen, ist angesichts des Status Karlsruhes als Landeserstaufnahmeeinrichtung-Standort (LEA) problematisch.

Die Stadt Karlsruhe wird den bisherigen erfolgreichen Weg der Stärkung der Zivilgesellschaft, eine positive Grundhaltung und Willkommenskultur weiter beschreiten. Dies dokumentiert auch die beschlossene Fortschreibung des Karlsruher Integrationsplanes. Hierbei werden auch zukünftig Symbolpolitik und Wertschätzung eine große Rolle spielen. Diese darf jedoch nicht uneindeutig und zweifelhaft in der Umsetzung sein.